Bürger initiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Endlagerkomission

Das Mitmachtheater hat begonnen

Energiekonzerne

Bad bank – Good idea?

Kulturelle Landpartie

Wunde.r.punkt am wunden Punkt

Juli / August 2014 • # 1021 / 1022

Überall ist anderswo

Dieter Hildebrandt war Dauergast bei den Hamburger Lesetagen gegen Atomstrom.
Und da er sie in diesem Jahr nicht mehr wahrnehmen konnte, sprangen ein paar Kollegen als seine kabarettistischen Wegbegleiter ein. Dort erhielt ich das Angebot, ein Grußwort für die „Gorleben Rundschau“ zu schreiben. Wow! Ich fühle mich geehrt, denn wie bei anderen vielleicht die Bibel, steht bei mir seit 30 Jahren ein Hör-Bild-Buch ganz vorn im Bücherregal: „Republik Freies Wendland“. Doch es sollte 2012 werden, bis ich die Region endlich selbst in Augenschein nahm. Als ich in Lüchow mein Wasserkabarett zeigte, fuhr ich noch in der gleichen Nacht zum sogenannten „Endlager“. Im Flutlicht der Anlage leuchteten die Steckerlbäume des Trebeler Waldes wie das Bühnenbild eines absurden Theaterstücks. Ich kehrte gleich im nächsten Jahr wieder und trat bei der „Kulturellen Landpartie“ auf.
Seitdem ist ein Jahr vergangen.
Die AKW bröckeln weiter vor sich hin und verrichten ihre unsägliche Notdurft in Zwischenlager. Die Energiekonzerne machen einen auf Kapitän Schettino, verlassen die „Costa Fukushima“ und versuchen schon mal, an Land zu rudern. Wenigstens gibt es nun ein Endlager, nämlich die Endlagerkommission. Sie ist fest entschlossen, die Debatte um Gorleben endzulagern. Es wird nicht gelingen: In hundert Jahren wird es auf Wikipedia heißen, der Widerstand dieser Region habe der Atomwirtschaft den Todesstoß versetzt.
Ich bin froh, wenn ich dabei helfen kann. Ich wohne zwar anderswo, aber das ist ja bekanntlich überall.

Ecco Meineke, Kabarettist
www.eccoland.de

Fotos: PubliXviewinG, Cover: PubliXviewinG

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie's gemerkt? Die Kommission tagt. Und sie lacht. Als nämlich Bundestagspräsident Lammert den Auftrag mit der Bemerkung umriss, die Kommissionsmitglieder mögen sich nicht bis zu ihrem Ende mit der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle beschäftigen, sondern noch in dieser Legislatur ein Ergebnis vorlegen. Während schon zur konstituierenden Sitzung nicht allen Mitgliedern die Teilnahme gelang, missglückte auch der Versuch, Einvernehmen über den nächsten Termin herzustellen. Konsens hieße ja nicht, dass man immer einstimmig sei, bemerkte die Vorsitzende Heinen-Esser (CDU)...
Ein Mitwirkungsverbot für wirtschaftlich persönlich betroffene Sachverständige, wie es der niedersächsische Umweltminister vorschlug, nötigte Michael Sailer vom Öko-Institut zu der Bemerkung, dann müssten die meisten berufenen Wissenschaftler ausscheiden. Wie wahr ... Überwiegend will die Kommission im Elfenbeinturm in Berlin tagen, denn, „wenn wir die erste Sitzung in Gorleben machen, können wir ja gleich aufhören", stellte der Kieler Umweltminister fest. 20 Plätze blieben der „Öffentlichkeit" vorbehalten. Diese werde ohnehin überstrapaziert, bemerkte der Verdi-Vertreter.
Anstatt sich mit der echten Zivilgesellschaft auseinanderzusetzen, hat die Bundespolitik sich eine Zivilgesellschaft nach ihrem Gusto berufen. Ist die Kommission nur ein weiterer Versuch, Bürgerbeteiligung vorzugaukeln? Ulrike Donat, erfahrene Mediatorin aus Hamburg, wagt eine Analyse. Der Atomausstieg und die Endlagerdiskussion lassen sich nicht von der Energiewende und ihren Blockaden trennen, wir haben dazu ein Interview mit Professorin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geführt. Weil Atomstrom in Deutschland künftig aus Frankreich und Polen kommen könnte, kommt die Debatte um eine atomare „Bad Bank" und die Sozialisierung des ewigen „Restrisikos" gerade passend. „Wirtschaftliche Grenzen der Kernenergie" hieß dann auch eine europäische Tagung in Prag.
Bis Ostern wollten Bund und Länder sich geeinigt haben, wo der Castor 2015, der nicht mehr nach Gorleben darf, hingebracht werden soll – ein Kabarett, findet auch Henning Venske. Während die Kommission an Gorleben gekettet bleibt, lässt das Wendland sich jedenfalls nicht an die Kette legen, denn wer sich nicht bewegt...
Viel Bewegung und reichlich erneuerbare Energie auf der Haut wünscht für diesen Sommer

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt, Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben Klages, Anja Meyer

Gestaltung: Andrea Hagen
Korrektorat: Franziska Behn

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 4500, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:
Tel.: 05841 - 4684 oder
service@gorleben-rundschau.de

Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

BI.Luechow.Dannenberg.e.V

@gorleben

Bi LuechowDannenberg

Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.

BAD BANK – GOOD IDEA?

von Wolfgang Ehmke

E.on, RWE und EnBW haben die Politik mit ihren Plänen für eine Atomstiftung aufgeschreckt. Die Energiekonzerne wollen ihre Atomkraftwerke an den Staat abtreten und gleichzeitig das Atommüll-Risiko in eine „Bad Bank" einbringen. Politik und Umweltschützer reagierten prompt empört. Doch der Vorschlag könnte auch eine Chance eröffnen.

Die ablehnende Reaktion aus verschiedenen Lagern der Politik folgte umgehend und heftig. Umweltverbände, Anti-AKW-Initiativen und Grünen-Politiker verwarfen den Vorschlag, sie wollen die Konzerne bei der Atommüllentsorgung nicht aus der finanziellen Verantwortung entlassen. BUND-Chef Hubert Weiger: „Die Gewinne aus der Atomkraft wurden privatisiert, die Nachfolgekosten dürfen jetzt nicht sozialisiert werden."

Widerspruch ernteten die Konzerne auch bei der Bundesregierung. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erinnerte die Energiekonzerne in Deutschland bei der Abwicklung der Atomenergie und der atomaren Endlagerung an ihre alleinige Verantwortung. Gegenüber den *Kieler Nachrichten* sagte die Regierungschefin: „Die Unternehmen haben für die Folgekosten Rückstellungen für ihre Bilanzen gebildet. Nach diesem Grundsatz sieht die Bundesregierung die Verantwortung und die Risiken bei den Unternehmen."

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) erklärte ebenfalls, „die uneingeschränkte Verantwortung" für den geordneten Rückzug der deutschen Atomindustrie liege bei den Stromkonzernen und verwarf den Vorschlag.

Bei all der Ablehnung ausgeblendet wird, dass dieser Vorschlag aus zwei Gründen ein vergiftetes Angebot ist: Die unüberschaubaren finanziellen Risiken bei der Atommüllentsorgung würden vollständig auf den Staat abgewälzt und die Neigung, mit dem laufenden AKW-Betrieb in staatlicher Verantwortung auch das Geld zu erwirtschaften, das dafür fehlt, könnte dazu führen, die Atomkraftwerke über das Abschaltjahr 2022 hinaus zu betreiben – in staatlicher Verantwortung.

36 Milliarden Euro haben die Atomstromproduzenten für die nukleare Entsorgung bisher angesammelt. 2022 soll es soweit sein: Elf Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima gehen mit Neckarwestheim II, Isar II und Emsland die letzten Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz. Beginnt dann umgehend der Rückbau, oder setzen die Energiekonzerne auf den „sicheren Einschluss", bei dem die AKW für mehrere Jahrzehnte versiegelt und stillgelegt werden, damit die Radioaktivität vor dem Rückbau abklingen kann? Schon jetzt ist klar, dass ein Endlager für hochradioaktive Abfälle nicht vor 2050 den Betrieb aufnehmen wird, und der Ausbau des Schachts Konrad bei Salzgitter, in dem schwach- und mittelaktive Abfälle eingelagert werden sollen, verzögert und verteuert sich seit Jahren. Statt wie ursprünglich geplant im Jahr 2013, wird nun davon ausgegangen, dass eine Einlagerung von Atommüll nicht vor dem Jahr 2022 stattfinden wird. Und die Kosten explodieren: Auf 900 Millionen Euro wurde der Ausbau ursprünglich taxiert, jetzt ist die Rede von 3,1 Milliarden Euro. In der Zwischenzeit müssen neue Zwischenlagerkapazitäten geschaffen werden, und bestehende Zwischenlager werden zu Dauerlagern mit unabsehbaren Risiken.

Der vierte Atomstromer, der schwedische Energiekonzern Vattenfall, hat sich schon eine Sonderposition verschafft. Die Haftung für den Rückbau von Atomanlagen wird nicht mehr vom schwedischen Mutterkonzern übernommen. Das Unternehmen bestätigte gegenüber dem *Handelsblatt,* dass im Jahr 2012 die Haftung für die deutschen Atomlasten nur noch „bis zur obersten deutschen Konzerngesellschaft" gehe. Bis April 2022 ist zwar noch gesichert, dass die Atomkonzerne mittels einer „Patronatserklärung" für ihre Töchter haften. Diese resultieren noch aus dem Atomkonsens aus dem Jahr 2000. Doch in acht Jahren können die Konzernmütter diese Verpflichtung aufkündigen.

Die bisherige Rückstellungspraxis muss zügig beendet werden, zumindest diesen Impetus von E.on, RWE und ENBW muss die Politik aufgreifen. Nach der allgemein vorherrschenden Auffassung gibt es einen handels- und aktienrechtlichen Zwang zur Bildung von Rückstellungen, Rechtsgrundlage dafür ist der Paragraph 249 des Handelsgesetzbuchs. Darin werden absehbare

Fotos: PubliXviewinG

und erkennbare finanzielle Belastungen eines Vermögens erfasst, deren genaue Höhe und Fälligkeit jedoch nicht präzise zu beziffern sind. Kombiniert mit den entsprechenden Paragraphen des Atomgesetzes, in denen die Atomkraftwerksbetreiber als Abfallverursacher zur Kasse gebeten werden, weisen diese in ihren Bilanzen die Rückstellungs-Milliarden aus.

Der Trick: Es handelt sich nicht um eine Spareinlage oder um Bargeld, sondern um einen Bilanzierungsvorgang, der in der Vergangenheit zu großen Wettbewerbsverzerrungen führte und eine Binnenfinanzierung nicht ausschloss: Das Geld wurde zum Beispiel in den Aufkauf von Stadtwerken, Müllverbrennungsanlagen oder für die Beteiligung bei der Telekommunikation angelegt. Deshalb hatten die Konzerne auch ein großes Interesse, eine relativ hohe Summe auszuweisen und an der Atomkraft festzuhalten. Mit dem absehbaren Ende der Atomkraftnutzung 2022 ändert sich aber die Lage. Die abgeschriebenen Atomkraftwerke, die „Gelddruckmaschinen", gehen vom Netz, und die Kostenlawine für den Rückbau der Atomanlagen folgt.

Bei der viel diskutierten öffentlich-rechtlichen Fondslösung wäre zumindest gesichert, dass die von den Stromkunden mitbezahlten Stilllegungs- und Entsorgungsmilliarden sicher angelegt sind und auch eine weitere Zweckentfremdung der Gelder ausgeschlossen würde, die zum Beispiel bei einer Insolvenz dazu führen kann, dass die Stromkunden als Steuerzahler am Ende ein zweites Mal zur Kasse gebeten werden.

Die „Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit" (GRS) geht von volkswirtschaftlichen Gesamtkosten von ungefähr 50 Milliarden Euro für die Stilllegung der Atomanlagen aus. Die Kosten für die Suche, den Bau und Betrieb eines Endlagers kämen noch hinzu. Tatsächlich haben die vier Atomstromproduzenten sich in der Vergangenheit gekonnt aus der Verantwortung gestohlen, denn sie wurden über die Endlagervorausleistungsverordnung nur mit Beiträgen für den Ausbau des Schachts Konrad und des sogenannten Erkundungsbergwerks Gorleben belastet. Mit 2,6 Milliarden Euro war dies eine vergleichsweise geringe Summe – gemessen an den zehn Milliarden Euro, die bisher schon insgesamt in die vier „Endlager"-Projekte geflossen sind. Die „Sanierung" der havarierten Endlager Morsleben und Asse II wurden nämlich auf die Steuerzahler abgewälzt: Morsleben gehört seit der Wende dem Bund, und die Asse II galt als Forschungsanlage.

Der BUND kann sich vorstellen, dass es eine Federführung des Staates bei Rückbau und Endlagerung gibt, wenn die Konzerne alle Atomkraftwerke bis 2017 abschalten, alle Rückstellungen plus 15 Milliarden „Risikozuschlag" überweisen, alle Schadenersatzklagen fallen lassen und „in unbegrenzter Höhe" für die Folgekosten haften, erklärte Hubert Weiger.

Man kann es also nicht oft genug wiederholen: Die bisherige Rückstellungspraxis muss zügig beendet werden, zumindest diesen Impetus von E.on, RWE und ENBW muss die Politik aufgreifen und Vattenfall mit in die Pflicht nehmen.

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

Klage unterstützen!

Das Oberverwaltungsgericht in Schleswig hatte 2013 die Genehmigung für das CASTOR-Zwischenlager am AKW Brunsbüttel aufgehoben. Es beanstandete Defizite bezüglich eines möglichen Absturzes des Flugzeugs vom Typ Airbus A 380 und des Beschusses mit neuen panzerbrechenden Waffen. Eine Revision hatte das Gericht damals nicht zugelassen, doch genau die wollen nun das Bundesamt für Strahlenschutz als Genehmigungsbehörde und der Betreiber Vattenfall beim Bundesverwaltungsgericht (BVG) erreichen.

Um dem entgegenzuwirken, hat die damalige Klägerin, Anke Dreckmann, durch ihren Anwalt eine umfangreiche Erwiderung beim BVG eingereicht. Dabei geht es um die Verteidigung eines Urteils, dem erhebliche Bedeutung im Kampf gegen die Atomkraftnutzung zukommt. Die meisten Zwischenlager an den AKW-Standorten sind baugleich mit dem in Brunsbüttel. Das unterstützt Klagen gegen diese AKW-Zwischenlager und ganz allgemein die Argumentation bezüglich der Verantwortungslosigkeit der Atomindustrie.

Die Klägerin Anke Dreckmann bittet darum dringend um Spenden zur Deckung der Anwaltskosten in Höhe von circa 8000 Euro. Da die Klägerin als Privatperson handelt, sind Spenden nicht steuerlich absetzbar; gemeinnützige Einrichtungen sollten vor der Überweisung die Rechtmäßigkeit einer Spende klären, damit ihr Status nicht gefährdet wird. Spenden bitte auf folgendes Konto: BUND-Aktionskonto bei der Sparkasse Westholstein, Kontonummer 90078577, Bankleitzahl 22250020. Verwendungszweck: Ankes Klage.

VOR 30 JAHREN

Sommerzeit! Reisezeit!

Auch in diesem Sommer werden sich „freie Wenden" wieder auf den Weg machen, nach „irgendwohin" auf unserem Planeten. Beherzigt einen guten Rat: Fahrt nie ohne Euren Pass der „Republik Freies Wendland" im Gepäck. Er könnte Euch ebenso von Nutzen sein wie einst dem Hitzackeraner K.-P. Nell. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) berichtete am 21. August 1984 ausführlich über dessen Odyssee in Avignon. Nell war das Geld ausgegangen. Er ging zur Bank, legte Euroscheck und Scheckkarte vor. Doch die Dame am Bankschalter wollte zusätzlich seinen Ausweis sehen. Nell hatte nur ein Dokument in seiner Tasche: das bekannte grüne Heftchen mit dem goldenen Aufdruck. Wohl mehr als Scherz schob er es der Bankangestellten zu. Ein prüfender Blick auf den Pass, Name, Vorname, Passnummer des Kunden aus der „Republik Freies Wendland" wurden notiert. Der damalige Redakteur der EJZ, Detlev Brockes, schrieb: „Der ‚Wenden-Staat' ist auf keiner Landkarte zu finden. Er entstand 1980, als Atomkraftgegner auf dem Bohrgelände 1004 (…) für einen Monat ein Hüttendorf errichteten. Seitdem gibt es die Pässe, ‚gültig für das ganze Universum' (…). Ausstellungsdatum und Behörde wollte das Fräulein ebenfalls notieren, damit beim Eurocheque-Geschäft alles seine Ordnung haben möge. Aussteller des Wenden-Papiers ist ‚Das Volk', eine wahrhaft unverdächtige Institution." Nell erhielt

nach diesen gründlich durchgeführten Formalitäten tatsächlich seine 500 Francs. Den Pass kann man immer noch erwerben, abgefasst in drei Sprachen: deutsch, englisch, französisch. Besonderes Merkmal: „Dieser Pass ist gültig, solange sein Inhaber noch lachen kann." *M. Fritzen*

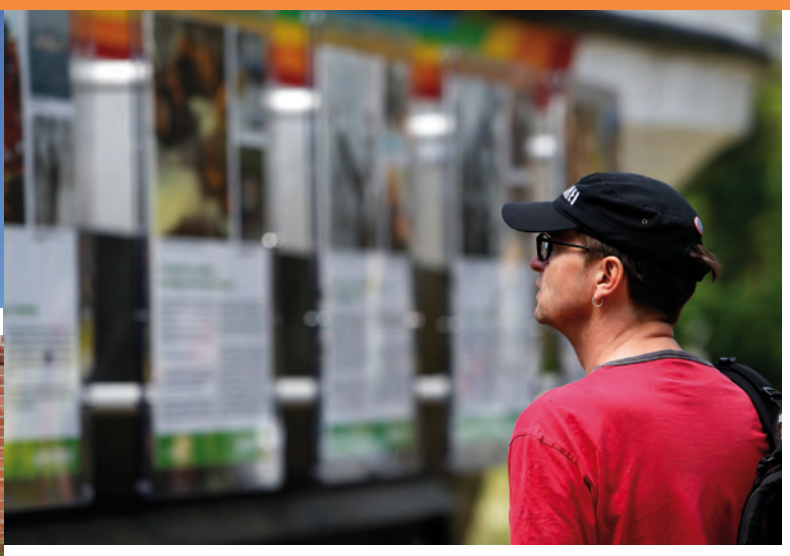
WUNDE.R.PUNKT AM WUNDEN PUNKT

von Wolfgang Ehmke

Erneut kamen zehntausende Besucherinnen und Besucher zwischen Himmelfahrt und Pfingsten zur Kulturellen Landpartie ins Wendland. An vielen Veranstaltungsorten wurde nach wie vor auf einen „Gorleben-Bezug" Wert gelegt.

Schon fast traditionell zu nennen waren die Info-Punkte der Gorleben-Gegner in Meuchefitz und auf der Mützingenta. Im Meuchefitzer „Widerstandscafé" war eine Ausstellung zum Standortauswahlgesetz zu sehen. Der Titel der Ausstellung lautete: „Warum dieses Gesetz der falsche Weg ist". Gezeigt wurden Widerstandsbilder von Ingrid und Werner Lowin. In Mützingen fand man den Info- und Verkaufsstand der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI). Dort fand auch Günter Hermeyers Vortrag „Everything starts with mining" statt – Betrachtungen zu Ressourcenfragen am Beispiel des weltweiten Uranabbaus. In Gedelitz gab es im Gasthaus Wiese die Argumenteausstellung „Gorleben geht gar nicht!" zu sehen. Neu war in diesem Jahr, dass die BI direkt an den Atomanlagen in Gorleben einen eigenen Wunde.r.-punkt betrieb, um auf die ungelöste Endlagerfrage und das Atommülldesaster zu verweisen. Am wunden Punkt Gorleben gab es Filme, Debatten, Musik und – am ersten Samstag der diesjährigen Landpartie – den BI-Aktionstag: ein buntes Programm bis in den Abend hinein mit Vorträgen, Aktionstraining, Musik und Gespräch.

Fotos: PubliXviewinG



KURZNACHRICHTEN AUS DER BI

Aktionen und politische Arbeit

Ende Mai und Anfang Juni hat die KLP wieder zigtausende Besucher ins Wendland und damit in die Nähe der Atomanlagen gelockt.

Viele Wunde.r.punkte stellten Info- und Mobilisierungsmaterial der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) aus. Die BI selbst war an drei Punkten mit eigenen Infoständen präsent.

Auch wenn Gorleben etwas abseits der Besucherströme lag, nutzten viele Menschen das schöne Wetter, um den Ort des Widerstands mal in Ruhe zu besuchen. Großeltern brachten ihre Kinder und Enkel mit und erzählten bewegende Geschichten von der „Republik Freies Wendland“ und den Castorprotesten. Der Ort schreibt halt Geschichte.

Nach langem Hin und Her ist klar: die Schlieffenkaserne in Lüneburg steht nicht mehr als Unterkunft für Polizeikräfte, die bei bisherigen Castortransporten nach Gorleben die Strecke gesichert hatten, zur Verfügung. Das hat die BI zum Anlass genommen, nachzuhaken, denn auch im Wendland sind immer noch Unterkünfte für die Polizei in Neu-Tramm und die Container-Unterkunft im Breeser Weg in Dannenberg angemietet. Ohne polizeiliche Infrastruktur wäre ein weiterer Castortransport nach Gorleben wohl wirklich auszuschließen.

Ende Mai hatte der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) nach Lüchow eingeladen, um seine umstrittene Entscheidung, an der Endlagerkommission teilzunehmen, zu erklären. Zufrieden war aus dem Publikum keiner so recht. Aber der BUND kündigte an, dass auch außerhalb der Kommission mobilisiert wird. Dem schließt sich die BI an und freut sich, wenn die vielen BUND-Mitglieder mit auf die Straße kommen. Protest lebt schließlich vom Mitmachen und nicht von der stillen Zustimmung. Zur ersten Sitzung der Endlagerkommission am 22. Mai fand dann auch ein Doppelprotest statt:

Sowohl in Berlin als auch vor dem Erkundungsbergwerk in Gorleben brachten BI-Mitglieder ihren Protest zum Ausdruck. Das mediale Echo war besonders in den Kommentaren der Gazetten zu hören. „Wir lassen uns nich an die Kette legen“, so das Motto der BI-Aktionen in der Hauptstadt und im Wendland – auch wenn Gorleben noch immer als einzig genannter Standort im Gesetz steht. Solange die Zutat „Gorleben“ auf der Zutatenliste des Gesetzes steht, hat’s ein Geschmäckle.

Interessante Meldung für moderne Schnitzeljäger: Es gibt neuerdings einen Geocache hinterm Erkundungsbergwerk! Wir wünschen viel Spaß bei der Aufsuchung. *Falko Berkemeier*

EIN ALTER HUT

Wolfgang Ehmke im Gespräch mit der Mediatorin Ulrike Donat

Die Endlagerkommission hat am 22. Mai in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Die Initiator/-innen wollen sie als *die* Bürgerbeteiligung bei der angeblich ergebnisoffenen Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll verstanden wissen. Doch die Hamburger Mediatorin Ulrike Donat hat Zweifel. Im Laufe der vergangenen fast vierzig Jahre hat es viele solcher Ansätze im und für das Wendland gegeben. Der neuerliche Versuch sei alter Wein in neuen Schläuchen.

Gorleben Rundschau: Gerühmt wird von Seiten der CDU/CSU, der SPD und der Grünen, dass die Endlagerkommission, die ihre Existenz dem Standortauswahlgesetz verdankt, plebiszitäre Elemente enthalte, weil Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen sind, über Endlagerkriterien zu debattieren. Einmal abgesehen davon, dass es tatsächlich nur Männer sind, frage ich Dich, welche Erfahrungen mit Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Endlagersuche und der Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomkraft es im Wendland gibt?

Ulrike Donat: Es gibt vierzig Jahre schlechte Erfahrungen: Akzeptanzbeschaffung mit Hochglanzbroschüren, Heimlichkeiten und Lügen. Das ging schon 1975 los mit einer Veranstaltungsreihe des Bundesforschungsministers Matthöfer (SPD). Mit der Reihe „Bürgerdialog Kernenergie“ wurde eine Werbeveranstaltung „Pro Kernenergie“ gestartet, sehr einseitig, ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft, Kritiker wurden ausgeschlossen.
Interessanter war das Symposium 1979 in Hannover, eine Veranstaltung, in deren Fokus die Wiederaufarbeitung der Brennelemente stand, es nannte sich „Gorleben International Review“, im Ansatz gut, denn es war tatsächlich ein Pro und Contra internationaler Wissenschaftler. Übrigens mit dem Resultat, dass unter dem Eindruck der zeitgleichen Atomkatastrophe in Harrisburg (USA) und des ersten Gorleben-Trecks, dessen Abschluss eine Demo von 100 000 Menschen bildete, der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, ein CDU-Mann – übrigens der Vater von Ursula von der Leyen – sagte, die WAA in Gorleben sei technisch zwar machbar, politisch aber nicht durchsetzbar. Auf den Bau der WAA wurde verzichtet. Wenn man so will: Der Treck und die Demo waren so etwas wie Öffentlichkeitsbeteiligung. Druck von außen, von der Straße – mit großem Erfolg. Allerdings war der Ausstieg aus der WAA gleichbedeutend mit dem Einstieg in den Plan, sich auf Gorleben als ein Atommüllzentrum zu fixieren.
Es gab auch die Gorleben-Kommission. Von einem lokalen CDU-Politiker, Kurt-Dieter Grill, ins Leben gerufen, wurde nun versucht, Kommunalpolitiker vom Segen der Atomkraft zu überzeugen. Dafür fuhr man auch nach Cap de La Hague, um die Wiederaufarbeitungsanlage zu besichtigen. Befürwortern, die sich bedroht fühlten, wurden Lebensversicherungen von der Atomfirma DWK bezahlt, und der NDR musste klagen, um an den Sitzungen teilnehmen und berichten zu können. Diese Kommission tagte lange, von 1977 bis 1991. Nebenbei wurde die Schächte abgeteuft und das Bergwerk aufgefahren, alle geologischen Einwände, selbst die von staatlichen Einrichtungen wie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), wurden in den Wind geschlagen, und das Bergrecht, nicht das Atomrecht, bildete die Rechtsgrundlage für den Ausbau. Öffentlichkeitsbeteiligung und Klagerechte der Öffentlichkeit sollten umgangen werden!

GR: Unter Rot-Grün, der Regierung Gerhard Schröders und Joschka Fischers, gab es ein Moratorium, das immerhin zehn Jahre Bestand hatte. Jürgen Trittin, der damals für die Grünen Umweltminister war, berief den Arbeitskreis Endlagerung ein. Dieser AK End, wie er abgekürzt genannt wird, wird heute noch für seine Ergebnisse gelobt, warum?

UD: Der AK End plädierte für ein schrittweises Vorgehen bei der Endlagersuche, eine transparente und wissenschafts-

Fotos: PubliXviewinG

basierte Entwicklung von Eignungskriterien unter frühzeitiger Einbindung der Öffentlichkeit. Interessant waren dabei folgende Überlegungen: Der Dialog wurde verstanden als Interessenabgleich, These und Antithese galten als gleichwertig und Konflikte wurden verstanden als Motor zur Gewinnung besserer Einsicht über Sachfragen und ihre Bewertung. Als Leitziele für ein solches Vorgehen galten Transparenz, Überprüfbarkeit des Verfahrens, gründliche Vorbereitung, ausgiebige Beteiligung der Öffentlichkeit, klare Entscheidungsrechte für die Öffentlichkeit, faire Relationen in der fachlichen Kompetenz und Rückkoppelungsschleifen.

GR: Du bist in deinem Beitrag auf der Atommülltagung in Berlin Ende März der Frage nachgegangen, wie die Öffentlichkeit bisher systematisch überregelt wurde: Macht vor Recht, Lüge vor Wahrheit, Heimlichkeit vor Offenheit und der Erkauf von Zustimmung hätten das Vertrauen zerstört. Damit plädierst Du für eine umfassende Aufarbeitung und Ächtung dieses Vorgehens und entwickelst Vorschläge für ein transparentes und faires Suchverfahren. Wie könnte also eine

Endlagersuche, die der Zivilgesellschaft nicht zwei Plätze am Katzentisch zuweist, aussehen?

UD: Aus den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit muss gelernt werden, sie müssen kritisch hinterfragt werden. Und gäbe es keine Gorleben-Durchsetzungsstrategie, die mit der Kommissionsarbeit und dem Gesetz verfolgt wird, würde ich als erstes sagen, dass es faire Relationen in der fachlichen Kompetenz geben muss. Auch Rückkoppelungsschleifen sollte es geben: Irrtümer müssen eingerechnet werden und korrigiert werden

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

können. Aus Sicht unabhängiger Konfliktmoderatoren und Mediatoren gehören zu einer solchen Debatte zunächst eine unabhängige Moderation oder Leitung und die „richtige“ Besetzung mit Betroffenen, Entscheidern, Rechteinhabern und fachlich kompetenten Experten. Natürlich muss es auch gemeinsame Ziele oder Leitfragen geben. So darf zum Beispiel eine Ergebnisoffenheit nicht nur behauptet werden. Dann muss das Verfahren transparent sein. Dazu gehört auch ein gleichberechtigter Informationszugang in Sachfragen, ein gleichberechtigter Zugang zu Gutachten, Expertisen und so weiter. Am Ende muss es natürlich eine Balance zwischen allen Beteiligten geben im Einfluss auf das Verfahren und natürlich auf das Ergebnis. Vor allem aber muss auch die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt werden. Und das darf nicht auf Informationen wie in einer Einbahnstraße reduziert werden.

GR: Wir hoffen, dass wir die Kommissionsarbeit mit diesen Punkten von außen befeuern können. Vielen Dank für das Gespräch!

Wider die Beteiligung

Das Leben ist widersprüchlich! Und kompliziert. Um an politischer Willensbildung mitzuwirken, reicht es schon lange nicht mehr, einfach „Nein“ zu sagen, sich zu verweigern und den ganzen Irrsinn nicht mitzumachen. Menschen, die vor vierzig Jahren anfingen, sich politisch zu organisieren, eine bessere Welt aufzubauen, solidarisch, gerecht, libertär, stehen heute vor einer ganz anderen politischen Landschaft als 1968. Die Gesellschaft ist vermeintlich toleranter, es gibt Bioartikel in fast jedem Supermarkt, ein kurzer Trip mit dem Flieger in die Sonne gilt auch unter Linken als Individualismus, Protestbewegungen sind eher schick als systemkritisch. Irgendwie möchten wir doch auch ein bisschen dazugehören, jedenfalls nicht immer gegen alles sein, eher ein Stück Utopie aufbauen.
Eines muss man der herrschenden Klasse lassen: Sie hat dazugelernt. Es schickt sich nicht, in einer Demokratie Knüppel zu schwingen, Demoverbote auszusprechen, Leute hinter Gitter zu bringen und brachiale Gewalt unter Beweis zu stellen. Jedenfalls nicht gegenüber einer kritischen Masse. Das bleibt den radikalen Minderheiten vorbehalten, der Masse kommt man besser mit dem Hauch einer Chance auf Gehör und Einflussnahme daher. Wir können doch über alles reden! Dass es sich ausnahmslos nicht um Beteiligung von Öffentlichkeit oder gar um Partizipation handelt, sondern lediglich um Information und Transparenz (solange es nicht zu weit geht, „Küchengespräche“ gehören nicht in die Sparte des zu Berichtenden...), scheint die Allermeisten nicht zu interessieren, zu beunruhigen oder in Rage zu versetzen. Mich schon. Deshalb freue ich mich über die Neuerscheinung, die anhand von Beispielen, aber vor allem aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung der Autor/-innen in sozialen Bewegungen die Tücken der Mitmachfallen offenlegt. Unbedingt lesen!
Denn: „Strategische Einbindung ist auf dem Vormarsch und gewinnt zunehmend als Herrschaftsinstrument an Bedeutung. Verweigerung gegenüber den Einbindungsversuchen ist mehr als eine Option – sie ist Voraussetzung zur Wahrung einer kritischen Distanz und legitimes, ja notwendiges Mittel in der Auseinandersetzung mit herrschender Politik.” *Kerstin Rudek*

Michael Wilk, Bernd Sahler (Hg.): „Strategische Einbindung – Von Mediationen, Schlichtungen, runden Tischen... und wie Protestbewegungen manipuliert werden.“ Beiträge wider die Beteiligung, ISBN 978-3-86841-094-5, Ca. 170 Seiten, Preis: 14,00 Euro, Verlag Edition AV

PROTEST GEGEN AN-KETT-KOMMISSION

GR-Redaktion

Am 22. Mai hat die Endlagerkommission mit einer konstituierenden Sitzung ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist Teil des Standortauswahlgesetzes, das den angeblichen Neustart der Endlagersuche verspricht. Genau das bestreiten Umweltverbände und Anti-AKW-Initiativen. Sie sehen, wie die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), das Gesetz wie die Kommission als perfide Strategie, Gorleben als Endlagerstandort durchzusetzen und die Kritiker einzubinden. Statt wirklich einen Schlussstrich unter die Tricks, Lügen und Verdrehungen der letzten drei Jahrzehnte zu ziehen, bleibe Gorleben als Standort gesetzt.

Durch das Gesetz und das Beteiligungsverfahren – die Endlagersuchkommission – sollen Umweltverbände eingebunden werden, um Gorleben im Nachhinein zu legitimieren. „Welche Zeitverschwendung, dass nun zwei Jahre lang offen und versteckt über einen Standort gestritten wird, statt eine umfassende Atommülldebatte einzuleiten“, so die BI. Sie hatte am Tag der Arbeitsaufnahme der Kommission in Berlin und Gorleben gegen das Mitmachtheater protestiert. Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht an die Kette legen” wurde dem Mitmachtheater einer „An-Kett-Kommission“ entschieden entgegen getreten.

„Wir sind wütend und enttäuscht über diese Trickserei. Solange Gorleben als Endlagerstandort gesetzt bleibt, wird zwei Jahre lang nur um Gorleben gestritten, schade um die verlorene Zeit. Nun kommt es darauf an, die Kritik von außen deutlich zu artikulieren und weiter auf die Straße zu gehen”, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke in Berlin. Bisher seien unter und über Tage Fakten geschaffen worden, jetzt werde Gorleben in der Kommission weiter gebaut.

Falscher Bulle, echtes Geld

Die Polizei übergibt Spendengelder an die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI)? Ganz so weit sind die Damen und Herren in Uniform dann doch noch nicht. Unser Bild zeigt vielmehr die Übergabe von rund eintausend Euro Spenden an die BI, die das Theater-Ensemble der *Freien Bühne Wendland* mit ihrem Stück *Gutes Wendland, Schlechtes Wendland* bisher eingespielt hat. In dem äußerst erfolgreichen Schauspiel stehen sich die Beamt/-innen und Wendländer/-innen gelangweilt gegenüber, weil die Castortransporte nun nicht mehr ins Wendland rollen. Eine Gruppe Magdeburger Polizist/-innen heckt schließlich den Plan aus, auf eigene Faust einen Castortransport durchzuführen. Ein gefundenes Fressen für die protesterprobten Lüchow-Dannenberger/-innen. „Wir freuen uns über den Erfolg des Stückes der Freien Bühne Wendland“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke (links im Bild). Er dankte Schauspieler Lennart Müller für die großzügige Spende.

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

Fotos: Kina Becker, PubliXviewinG

DEMOKRATIETRANSPORT NACH GORLEBEN

von Henning Venske

Im Rahmen der Hamburger Kulturwoche „Lesen ohne Atomstrom – Die erneuerbaren Lesetage" trug der Kabarettist Henning Venske im *Schmidt Theater* auf der Reeperbahn einen pointierten Text um die Wirrungen der deutschen Atompolitik vor. Wir bringen einen Auszug.

Kurz vor der japanischen Katastrophe (in Fukushima, *Red.*) hatte die deutsche Regierung eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke beschlossen. Ein Herr Pofalla, der getreueste Knappe der Kanzlerin, damals Minister für besondere Aufgaben, ausgerüstet mit einem Intelligenzquotienten wie ein Alpenveilchen und mit einem Hang zu selbstverfassten Sätzen, wie sie nur in einem zu Weichkäse gefrorenen Gehirn entstehen können, Pofalla erklärte dazu: „Kernkraft ist für die CDU Öko-Energie."
Was soll's – für Pofalla war ja auch jeder Türstopper eine Dinkel-Frikadelle. Seine Chefin, Frau Merkel, war schon immer ein Fan der Atomindustrie. Unter ihrer energischen Führung als Umweltministerin erlebte der Polizeistandort Deutschland eine wahre Maienblüte, vor allem rund um Gorleben.
Die Atomindustrie mitsamt ihren politischen Hausknechten orientierte sich borniert und selbstsicher an ihren Zeitungsannoncen von 1998. Damals konnten wir lesen: „Genaugenommen ist Castor nur ein anderes Wort für Demokratie."
Das hieß, in Anlehnung an Willy Brandt, wir müssen mehr Castor wagen. Auf Befehl der Atomindustrie wird also die Demokratie, die ja eine enorme Ausstrahlung auf die Menschen hat, per Zug durchs Land gefahren, begleitet von Zehntausenden von Demokratiepflegern. Wer der Demokratie zu nahe kommt, wird niedergeschlagen und abgeräumt. Am Ziel angekommen, wird die Demokratie schwer bewacht in einem Zwischenlager untergebracht.
Die deutsche Atomindustrie schaltete 1998 noch eine andere Annonce mit dem Wortlaut: „Castor ist nur ein anderes Wort für Sicherheit." Sicherheit ist demnach, wenn die Demokratiepfleger die Demokratie vor den Menschen schützen statt die Menschen vor der Demokratie. Oder umgekehrt? Das ist jetzt etwas verworren, aber ganz falsch ist es wohl auch nicht.
CDU, SPD, Grüne, Linke und der Rest tapern in Fragen der sicheren Demokratie-Endlagerung seit Jahren schwankend durchs Gelände. Sie hoffen, dass die 126 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiver Demokratie, die dem inkontinenten Salzstock im Lager Asse zur Aufbewahrung anvertraut wurden, wirklich spurlos verschwunden sind: Dann hat sich die Angelegenheit erledigt. Wenn man diese gewaltige Ladung Demokratie aber wiederfindet, kann frühestens 2033 mit der Bergung begonnen werden – und dann sind natürlich ganz andere Leute an der Regierung. Die können dann die Bergung ins Jahr 3000 verschieben und mit der Eröffnung des neuen Berliner Flughafens zusammenlegen.
Wie schwierig auch immer die Situation sein mag, wenigstens die Grünen nehmen es mit Humor. Sie haben für die Europawahl ein tolles Plakat an die Laternen gehängt: „Atom aus, Natur an!" Wow. Schlicht und einprägsam, keine Überforderung. Da kann ich nur sagen: Grüne raus, Hirn rein! Zwar mussten die friedlichen und absolut harmlosen Demokratie-Castoren auch unter dem grünen Umweltminister Trittin mit staatlicher Gewalt vor einer umweltschädlichen und hochgefährlichen Bevölkerung geschützt werden, aber immerhin hat Herr Trittin die Atomindustrie gebeten, folgende Vorschläge des Umweltministeriums bei Gelegenheit in ihre Überlegungen miteinzubeziehen:
In jedem Reaktor wird eine Tempo-30-Zone eingerichtet. Als zulässige Höchstgeschwindigkeit bei der Teilchenbeschleunigung gilt Tempo 100. In so genannten Schnellen Brütern dürfen nur Freilandelektronen aus Bodenhaltung verwendet werden. Die elektrischen Anlagen des Atomkraftwerks werden durch eine auf dem Dach installierte Solaranlage versorgt.
Frauen dürfen nicht allein Schweres Wasser heben. Dabei muss ihnen jemand helfen. Am besten ein Behinderter. Auf dem Hof des Atomkraftwerks müssen ausreichend Fahrradständer und beleuchtete Frauenparkplätze vorhanden sein. Uran darf nicht aus solchen Ländern importiert werden, wo es von kleinen Kindern mit bloßen Händen abgebaut wird.
Atommüll muss sortenrein getrennt und in mindestens drei verschiedenfarbigen Behältern gelagert werden. Der Kraftwerksbetreiber wird von der Pflicht zur Bereitstellung einer vegetarischen Vollwertmahlzeit auch dann nicht entbunden, wenn ein GAU eingetreten ist. Die Mitarbeiter haben zwischen den Kettenreaktionen Anspruch auf eine Pause. Da können Sie sich dann gegenseitig zum Lachen bringen...

WIRTSCHAFTLICHE GRENZEN DER KERNENERGIE

Kerstin Rudek berichtet von der *Nuclear Energy Conference* in Prag

Eine weltweite Tendenz zeichnet sich ab: Der Anteil der Atomkraft an der Stromproduktion ist rückläufig. Im Vergleich mit anderen Formen der Energiegewinnung kaum konkurrenzfähig, werden von Investoren und auch Regierungen Anreize in Form von Preisgarantien geboten. Nicht bedacht werden hierbei Folgekosten. Ziel der Konferenz am 29. und 30. April in Prag war es, diese ökonomischen Aspekte zu diskutieren. Unter Beteiligung von Referent/-innen aus Tschechien, Österreich, Deutschland, England und Frankreich und etwa 130 Teilnehmenden zogen die Veranstalter/-innen positive Bilanz.

Eröffnet wurde die Konferenz mit dem Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und Konsument/-innenschutz der oberösterreichischen Landesregierung, Rudi Anschober. Sein Impulsreferat war ein Plädoyer, sich den Umwälzungen der Energieversorgung bis zum Jahre 2030 zu stellen und die große Herausforderung nach Zusammenarbeit von ganz Europa aufzugreifen. Eine Versorgungssicherheit aller Bürgerinnen und Bürger ohne Atomkraft sieht Anschober als sicher leistbar.

Mycle Schneider, Energieexperte und Berater von Politik, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, stellte anhand von Diagrammen eindrucksvoll dar, dass die Reaktorkatastrophe von Fukushima nur den Rückwärtstrend der Atomkraft verstärkt hat, dieser aber schon seit 1990 belegt ist. Die Unwirtschaftlichkeit, selbst abgeschriebener Atomanlagen, stellt hier das Hauptargument dar. Die weltweit betriebenen 427 Atomkraftwerke haben ein Durchschnittsalter von 28 Jahren und bedürfen zahlreicher sicherheitstechnischer Nachrüstungen.

Professor Stephen Thomas von der University of Greenwich Business School erläuterte das britische Modell zur Förderung der Kernenergie und ging insbesondere auf die geplanten beiden neuen AKW von Hinkley Point ein. Die britische Regierung will dem Betreiber Électricité de France eine Preisgarantie über 35 Jahre gewähren, die das Dreifache des Strombörsenpreises darstellt und mit 111 Euro pro Kilowattstunde Atomstrom beziffert wird.

Professor Franz Leidenmühler vom Institut für Europarecht an der Johannes Kepler Universität in Linz beleuchtete kritisch die Subventionen für Atomkraft unter Aspekten der Europäischen Rechtsprechung. Insbesondere ging Leidenmühler auf den Euratomvertrag ein, der einen eigenen Staatsvertrag darstellt; die Förderung der Atomkraft ist jedoch eigentlich generell per EU-Recht ausgeschlossen. Anders verhält es sich mit Erneuerbaren Energien, sie dürfen in der Europäischen Gesetzgebung gefördert werden. Der Euratomvertrag stellt nach Ansicht einer speziell hierfür eingesetzten Untersuchungskommission eine Unvereinbarkeit mit Europäischem Recht dar. Im Hinblick auf Haftungsgrenzwerte für Atomanlagen und Preisgarantien für Atomstrom stehen in den kommenden Monaten spannende Debatten bevor.

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

Über die Ökonomischen Chancen der deutschen Energiewende referierte Professorin Claudia Kemfert. Das Imageproblem, das die Energiewende hat, steht gegen die sehr erfolgreichen Fakten der Energiewende. Ihr würden immer wieder Mythen angedichtet, tatsächlich gibt es in Deutschland eine deutliche Überproduktion von Strom und die Erzeugung Regenerativer Energien zu wirtschaftlich lohnenden Preisen.

Jan Ondrich, Unternehmensberater bei Candole Partners in Prag, sieht die Möglichkeiten von AKW Neubauten in Tschechien als sehr unwahrscheinlich an. Der Strombedarf wachse in den nächsten Jahren nicht und die Preissteigerungen durch weiteren Atomstrom würden solche Projekte unmöglich machen.

Was in der eintägigen internationalen Konferenz nicht beleuchtet wurde, sind die Folgekosten durch Atommülllagerung, insbesondere die langfristige so genannte Endlagerung wird hier enorm zu Buche schlagen. Auch Atomunfälle und deren volkswirtschaftliche Kosten wurden nur am Rande gestreift, in einer Abhandlung über zu niedrig angesetzte Haftungsgrenzen. Doch auch ohne diese zwei wesentlichen Unwirtschaftlichkeitsfaktoren der Atomkraft war das eindeutige Fazit der Konferenz: Kernkraftwerke konnten niemals ökonomisch sinnvoll betrieben werden. Nun ist es nicht mehr möglich, das länger zu verbergen. In einer Marktwirtschaft lässt sich heute kein Atomkraftwerk mehr bauen – es sei denn, es wird hoch subventioniert.

Die Bürgervereinigung Mütter Südböhmens, die Umweltorganisation Callas und der tschechische Arm des BUND, Hnuti Duha, stellen auf ihrer Webseite eine Dokumentation der Konferenz zur Verfügung: www.nec2014.eu

Fotos: Jan Skalik, Stanislaw Jenis

Keine Kohle, kein Atom!
Dezentraler Ökostrom

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hat sich an den Energiewende-Demos der vergangenen Monate beteiligt. Besonders auf der Demonstration am 22. März in Hannover war sie mit Treckern und zahlreichen Menschen präsent, um ihren Forderungen einer Energiewende in Bürger/-innenhand Nachdruck zu verleihen. Auf der Nuclear Energy Conference traf Kerstin Rudek von der BI Professorin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Gorleben Rundschau: Frau Professorin Kemfert, Sie sind eine Spitzenforscherin auf den Gebieten Energie und Klimaschutz, Ihre Arbeiten als Wirtschaftswissenschaftlerin haben großen Einfluss auf Wissenschaft, Politik und die Medien. Wie beurteilen Sie das Potenzial der Bundesregierung auf eine klimaschützende, hundertprozentig erneuerbare Energieversorgung?

Prof. Claudia Kemfert: Das Potenzial ist sehr groß. Die Energiewende in Deutschland hat ja zum Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2050 auf 80 Prozent zu erhöhen, bisher haben wir einen Anteil von 25 Prozent an der Stromerzeugung erreicht. Derzeit ist die Energiewende doch eher eine Atom-Angebotswende. Weder der wichtige Bereich der Energienachfrage, vor allem die Verbesserung der Energieeffizienz, noch die Bereiche Wärme und Mobilität stehen derzeit im Vordergrund. Dabei muss es auch um eine nachhaltige Wärme- und Verkehrswende gehen. Durch die energetische Gebäudesanierung können große Mengen Energie und somit auch Kosten eingespart werden. Im Bereich Mobilität müssen wir viel stärker als bisher auf nachhaltige Antriebsstoffe und -techniken setzen. Nur so wird man auch die hundert Prozent Energieversorgung aus erneuerbaren Energien schaffen.

GR: Die Energiekonzerne haben kürzlich den Vorschlag gemacht, Atomkraftwerke in eine Stiftung zu überführen, den restlichen Betrieb, die Stilllegung, den Rückbau der AKW und die Verbringung der Atomabfälle durch diese Stiftung zu gewährleisten. Das käme einer Privatisierung der Gewinne, aber einer Sozialisierung der Kosten gleich. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag? Hat er auch reizvolle Komponenten?

CK: Jahrzehntelang haben die Konzerne Subventionen für den Bau und Betrieb der Atomkraftwerke erhalten, sie haben über sehr lange Zeiträume enorme Gewinne durch den Betrieb der Kernreaktionen erwirtschaftet. Selbst ohne Atomausstieg hätten die Kraftwerke in nicht allzu langer Zeit zurückgebaut werden müssen. Nach dem Verursacherprinzip sind die Betreiber in der Pflicht, den Rückbau der Anlagen zu bezahlen. Deswegen sind sie seit langem gesetzlich verpflichtet, dafür Rückstellungen zu bilden. So sehr die Konzerne auch jammern, es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sie wirklich zahlungsunfähig werden. Zu groß ist das energiewirtschaftliche Geschäft, zu gut sind sie dafür noch immer aufgestellt. Die Konzerne sollten nicht aus der finanziellen Verantwortung entlassen werden. Und der Staat sollte sich nicht erpressen lassen.

GR: Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist eine Modellregion für eine hundertprozentige Versorgung mit Erneuerbaren Energien. Der Stromverbrauch wird bereits seit mehreren Jahren komplett durch die Erzeugung Erneuerbarer Energien gedeckt, an den Möglichkeiten für Heizen und Mobilität arbeiten wir weiter fleißig. Was können die Bürgerinnen und Bürger bundesweit für ein Durchsetzen und eine Realisierung der Energiewende tun?

CK: Die Energiewende durch Tatkraft unterstützen. Wir benötigen „Mutbürger" für die Energiewende. Jeder kann etwas zur Energiewende beitragen, indem man sich beispielsweise an Bürgerenergie-Genossenschaften beteiligt, oder aber Öko-Strom kauft, auf regionale Produkte setzt, viel Energie einspart und nachhaltige Mobilität nutzt. Die Energiewende ist derzeit eine Energiewende „von unten", durch die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die die Energiewende aktiv unterstützen und umsetzen. Nur durch weiterhin aktives Unterstützen der Bürgerinnen und Bürger wird man in Deutschland die Energiewende schaffen.

Castor-Chaos

Anfang des Jahres startete die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) ihre Unterschriftenkampagne „Castor 2015 jetzt stoppen". Diese Kampagne wird bis Ende Juli fortgesetzt!
Gleichzeitig wurde das von der Politik selbst gesteckte Ziel, bis Ostern Stellplätze für die 26 Castoren aus La Hague und Sellafield zu finden, glatt verfehlt. Unionspolitiker, Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und Grüne versichert, bis dahin einen Vorschlag zu präsentieren.
Stattdessen droht Hendricks nun den Bundesländern mit einer Weisung. Ein Castortransport 2015 wird immer unwahrscheinlicher. Ausgerechnet Ralf Güldner, Präsident des deutschen Atomforums, forderte die Bundesregierung unlängst auf, mit Frankreich und Großbritannien einen Aufschub zu verhandeln, weil der Termin nicht haltbar sei.
„Wir müssen davon ausgehen, dass die

Kampagne der Bürgerinitiative
bi-lüchow-dannenberg.de

Politik sich in dieser Frage nicht bewegt. Das ist aber auch eine Chance für die Anti-AKW-Bewegung, einen weitgehenden Atommülltransporte-Stopp durchzusetzen", sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Es gehe nicht allein um die 26 Castoren. „Solange die Endlagerfrage nicht geklärt ist, soll der angefallene Atommüll bleiben, wo er ist. Solidarität ist gefordert, wenn statt Gorleben andere Standorte angefahren werden!"
Das Castor-Chaos sieht die BI darüber hinaus als ein schlechtes Zeichen und befürchtet: „Wenn noch nicht einmal die Zwischenlagerung im Parteienkonsens geregelt werden kann, werden sich die Ländervertreter wegducken, wenn es erst um die Endlagerung geht."
Die Kampagne wird vor diesem Hintergrund fortgesetzt, denn am 4. September wird Ministerin Hendricks das Wendland besuchen und sich der Diskussion stellen. „Wir werden sie mit unseren weiterreichenden Forderungen konfrontieren. Die Castor-Debatte, so blamabel sie für die ‚Konsensparteien' ist, lenkt ab von der Tatsache, dass Gorleben als Endlagerstandort weiter gesetzt bleibt."

ES GIBT KEINEN CHEF, UND DER HEISST HANSEL

Es gibt Sachen, die darf es eigentlich gar nicht geben: Weil der Widerstandstreffpunkt *Gasthof Meuchefitz* im gleichnamigen wendländischen Dorf basisdemokratisch und ohne Hierarchien organisiert ist, kann es dort keinen Chef geben. Wir portraitieren ihn trotzdem. Von Anja Meyer

Ja, es gibt Dinge, die es eigentlich nicht geben darf. Und es gibt Zufälle, die eigentlich zu schön sind, um wahr zu sein. Aber der Reihe nach.

Hansel – alle nennen ihn so und *nur* so – ist, wie so viele, die „schon immer" im wendländischen Widerstand aktiv sind, eine Institution. Seinen – pardon: – bürgerlichen Namen kennt kaum jemand, obwohl er gut in die Reihe der schönen Zufälle passt. Hans Erich Sauerteig ist, wenn schon nicht der Chef, eine der treibenden Kräfte im *Gasthof Meuchefitz,* in dessen Küche Brot gebacken und so viel anderes Leckere zubereitet wird.

Dabei sieht sich der Altkommunist und Mitbegründer selbst nicht als Kopf der ältesten bestehenden Kommune im Wendland. Er betont immer wieder die Gleichberechtigung aller Mitbewohner. Es sind mehr Außenstehende, die ihn oft als „Meuche-Chef" wahrnehmen. Kein Wunder: Der 70-jährige, den man nicht mal auf 60 schätzt, war von Anfang an mit dabei und lebt – mit Unterbrechungen für längere Reisen – schon seit über dreißig Jahren in Meuchfitz. Und, ja, hin und wieder haut er schon mal auf den Tisch, dann läuft der Laden auch wieder. Er haut halt als Ältester, nicht als Chef.

Die Benennung Gorlebens als Standort für ein Atommüllendlager, das schnelle und massive Aufflammen des wendländischen Widerstands und die Politisierung der abgelegenen Region im damaligen Zonenrandgebiet – das alles hat Hansel aus Berlin mitverfolgt, damals, Ende der Siebziger. Dorthin war er Jahre vorher aus dem Rheinland „geflohen", um den Begehrlichkeiten des Kreiswehrersatzamts zu entkommen. Zu der Zeit gab es noch die Wehrpflicht, von denen aber Westberliner aufgrund des Viermächteabkommens befreit waren.

Natürlich war der Altlinke in den politischen Kreisen der damals noch geteilten Stadt unterwegs. Seine Kinder wurden in Kinderläden betreut, in denen die anti-autoritäre Erziehung praktiziert wurde. Mit Freunden entwickelte Hansel die Idee, ein Kinderheim zu gründen, in dem jungen Menschen ein „richtiges Leben im Falschen" möglichst nahe gebracht werden sollte. Wunschort war das Wendland, weil hier nach der Standortbenennung von Gorleben die Widersprüche von Staatlichkeit und Menschlichkeit besonders deutlich aufeinander prallten. Mit 36 Jahren packte Hansel in Berlin die Kisten und kam nach Lüchow-Dannenberg. Und auch, wenn seine Mitstreiter dann doch nicht mehr an der Umsetzung ihrer gemeinsamen Idee festhielten, blieb er. Der Mietvertrag für die ausgeguckte Schreyaner Wohnung beinhaltete allerdings die Klausel, es dürften keine AKW-Gegner beherbergt werden. Das konnte Hansel natürlich nicht akzeptieren. Es kam nicht zur Unterzeichnung, dafür aber zu einem weiteren dieser Zufälle: Ein ziemlich „runtergekommener" Radfahrer sprach ihn an, Hansel reagierte offen, und sehr schnell stellte sich der alternative Radler als Großerbe heraus, der an linken Projekten interessiert war. Er kaufte den zwischenzeitlich gefundenen alten Landgasthof in Meuchefitz, um ihn der neuen, linken Wohngemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Hansel und andere Kommunarden zogen ein, und nach der Räumung des Hüttendorfs auf dem Bohrplatz 1004 in Gorleben wurde die Kommune rasch zu einem Treffpunkt des Widerstandes gegen das Atomprojekt. Der alte Gasthof ist im Jahre 1984 völlig abgebrannt und wurde über zwei Jahre hinweg wieder im alten Fachwerkstil neu aufgebaut.

Zu Beginn lebte die Gemeinschaft vor allem von der Landwirtschaft: Allerlei Kleingetier, aber auch Kühe, Schweine und Pferde, die zum Ackerbau gebraucht wurden, bevölkerten das Grundstück.

Die Menschen im Dorf – wieder so ein Glücksfall – reagierten offen auf die neue Gemeinschaft, vielleicht auch, weil die Kommune nicht dem Bild rumhängender Nichtstuer entsprach, sondern genau wie die Einheimischen selbst von morgens in der Früh an im Stall und auf dem Feld zu arbeiten hatte.

Diese Offenheit hat Hansel als Besonderheit des Wendlands empfunden. Hier gab es, anders als in Berlin, keine Isolation von linken oder autonomen Gruppen, hier lebten sie mitten unter der „Normalbevölkerung". Es gab von Beginn an ein Miteinander und eine wertvolle Loyalität: Als die Meuchefitzer Kommune im Zuge der Kriminalisierung von linken Gemeinschaften in den Achtzigerjahren beschattet wurde, bekam sie mit schöner Regelmäßigkeit Informationen von den Nachbarn, sobald wieder eine neue Abhörapparatur aufgestellt worden war.

Seit 1980 gibt es in Meuchefitz die Donnerstagskneipe, Anlaufpunkt für die Alternativszene im Wendland. „Aus der Geschichte des Hauses sehen wir Meuchefitz auch heute als einen Ort der Auseinandersetzung: einmal mit dem Widerstand gegen dieses lebensfeindliche System und zum anderen mit Möglichkeiten, selbstbestimmt, menschlicher und kreativer zu leben." So steht es auf der Website des Gasthofs, so gilt es aber ohne Abstriche auch für Hansels Leben. Er und seine Mitbewohner haben einen beachtlichen Bekanntheitsgrad – nicht nur unter den Linken des Wendlands, auch Auswärtige kennen die Meuchefitzer Szene als alternativen Wunde.r.punkt während der jährlich wiederkehrenden Kulturellen Landpartie. Und für diese Auswärtigen jetzt noch mal lexikalisch: Das Dorf heißt Meuchefitz. Der Treffpunkt heißt Gasthof Meuchefitz. Einheimische nennen auch ihn nur Meuchefitz, häufig sogar liebevoll nur Meuche. Einer der Bewohner der dortigen Kommune heißt Hansel. Und der ist *nicht* der Chef!

365 Tage Aktionen

In Anlehnung an das Projekt *Gorleben 365* planen Gegner des französischen Endlagerprojekts eine Aktionskampagne mit dem Namen *Bure 365*. Ziel sei es, so die Organisatoren *Assemblée anti-nucléaire du Grant' Est,* den Widerstand gegen die Endlagerung von radioaktiven Abfällen und gegen die Kernenergie sowie deren Umfeld bekanntzumachen und auf nationaler und internationaler Ebene auszudehnen. „Unser Ziel ist, dass Gruppen sich den Aufruf zu Eigen machen und über ein Jahr lang und im ganzen Land so viele Aktionen wie möglich organisieren."

Fotos: PubliXviewinG, Torsten Koopmann

BLICKWEXEL

Beim Hamburger Kulturfestival „Lesen ohne Atomstrom“ stellte sich der durch Contergan fehlgebildete ehemalige Bassbariton Thomas Quasthoff an den Bühnenrand des Ohnsorgtheaters, strafte das angereichte Mikrofon mit Verachtung und donnerte ins Publikum: „Die Politik suggeriert, sie habe alles im Griff. Aber Klimawandel, Atommüll, Kriegseinsätze – nichts ist in Ordnung! Ich kann so weite Strecken nicht gehen, aber ich bitte Sie: Gehen Sie auf die Straße, demonstrieren Sie! Sonst denkt die Politik noch, das Volk sei mit all dem einverstanden!“ – Peinliche Stille der Ertappten, dann tosender Applaus ...

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

An Kett Kommission

Uns könnt ihr nicht an die Kette legen!

Der Widerstand geht weiter! Unterstützt uns und zeigt eure Solidarität!

„nice to haves" gibt's bei uns gegen Spende im Büro.

Pin „Wendlandsonne" oder „X"
mit Butterfly-Verschluss
Edelstahl

A2-Poster „Republik" oder „Energiewenden"
auf Posterpapier für in- und outdoor

(kann als A4-Brief für 1,45€ Porto verschickt werden)

Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de